

# Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	19
A. Einleitung	21
I. Mangelnde Rentabilität als Grund für geringe Gläubigerbeteiligung im Vergütungsfestsetzungsverfahren?	22
II. Gläubigerbegünstigendes Vergütungssystem als Erklärung für eine geringe Gläubigerbeteiligung?	23
1. Grundstruktur der Berechnung der Insolvenzverwaltervergütung	23
2. Die Vergütungsvorschriften unter Berücksichtigung der herrschenden Ansichten	25
a) Ökonomischer Anreiz zur optimalen Verwertung der Insolvenzmasse und Befriedigung der Gläubiger	25
b) Vergütungsunwirksamkeit wirtschaftlich neutraler Vorgänge	26
c) Zusammenhang zwischen Aufwand und Vergütung	27
d) Konnexität zwischen Nutzen der vergütungswirksamen Handlung und Belastung mit Vergütungsanteilen	28
e) Keine Fehlanreize zu Lasten der Gläubigerinteressen	29
f) Gleichbehandlung gleichartiger Sachverhalte und Verbot der mehrfachen Vergütung derselben Tätigkeit	29
g) Sanktionierung von Pflichtverletzungen	30
III. Gegenstand der Untersuchung	31
B. Berechnungsgrundlage der Insolvenzverwaltervergütung	33
I. Geldbestand zum Verfahrensende als maßgebliche Bezugsgröße?	33
1. Grammatikalische Auslegung des § 63 Abs. 1 S. 2 InsO	33
2. Sinn und Zweck des § 63 Abs. 1 S. 2 InsO	34
3. Der Begriff der vergütungsrelevanten Insolvenzmasse	35
II. Bewertungsmaßstab für die Massegegenstände	35
1. Meinungsstand in Literatur und Rechtsprechung	36

2. Entscheidung des BGH vom 24.05.2005 – IX ZB 6/03	37
3. Reichweite der Entscheidung des BGH vom 24.05.2005 – IX ZB 6/03	38
4. Berücksichtigungsfähigkeit nicht verwerteter Gegenstände bei Zulänglichkeit der Insolvenzmasse?	39
5. Gesetzliche Verpflichtung des Insolvenzverwalters zur vollständigen Vermögensverwertung	40
6. Maßgeblichkeit der Liquidationserlöse	41
III. Berechnungsgrundlage nach Maßgabe des § 1 InsVV	41
1. Vergütungsrechtliche Behandlung belasteter Gegenstände	42
a) Regelung des § 1 Abs. 2 Nr. 1 InsVV	43
aa) Sondervergütung nach § 1 Abs. 2 Nr. 1 S. 1, 2 InsVV	44
(1) Einwand gegen die Berechnungsmethode	45
(2) Rechtsprechung des BGH zur vergütungsrechtlichen Berücksichtigungsfähigkeit von Feststellungskosten	46
(3) Grammatikalische und systematische Einwände gegen die Sondervergütung als Teil der Regelvergütung	48
bb) Vergütungsrechtliche Behandlung der Verwertungskosten im Sinne des § 171 Abs. 2 InsO	48
cc) Wahlrecht des Insolvenzverwalters im Rahmen des § 1 Abs. 2 Nr. 1 S. 1, 2 InsVV?	49
dd) Sperrwirkung des § 1 Abs. 2 Nr. 1 S. 2 InsVV	50
ee) Berücksichtigungsfähigkeit von Überschüssen nach § 1 Abs. 2 Nr. 1 S. 3 InsVV	51
b) Regelung des § 1 Abs. 2 Nr. 2 InsVV	52
aa) Systematisches Argument gegen die Berücksichtigungsfähigkeit des objektiven Werts	53
bb) Teleologisches Argument gegen die Berücksichtigungsfähigkeit des objektiven Werts	54
c) Verteilungsfähigkeit und Konnexität zwischen Nutzen und Vergütungsbelastung als Vergütungsgrundsätze	54

2. Berücksichtigungsfähigkeit von Aktivforderungen der Insolvenzmasse	55
a) Anwendungsbereich des § 1 Abs. 2 Nr. 3 InsVV	55
aa) Entscheidung des BGH vom 21.01.2010 – IX ZB 197/06	56
bb) Reichweite der Entscheidung des BGH vom 21.01.2010 – IX ZB 197/06	56
cc) Grammatikalisches Argument gegen die Beschränkung des Anwendungsbereichs auf Insolvenzforderungen	57
dd) Historisches Argument gegen die Beschränkung des Anwendungsbereichs auf Insolvenzforderungen	57
ee) Sinn und Zweck des § 1 Abs. 2 Nr. 3 InsVV	58
b) Zusammenhang zwischen Verwertungsaufwand und Vergütungswirksamkeit	59
3. Abzugsverbot für Zahlungen an Massegläubiger	60
a) Behandlung der durchlaufenden Posten	60
aa) Rechtsprechung des BGH zur Behandlung durchlaufender Posten	61
(1) Entscheidung des BGH vom 05.03.2015 – IX ZR 164/14	61
(2) Entscheidung des BGH vom 10.01.2019 – IX ZB 40/18	62
bb) Reichweite der höchstrichterlichen Entscheidungen	63
cc) Einwand des Abzugsverbots von Masseverbindlichkeiten nach § 1 Abs. 2 Nr. 4 S. 1 InsVV	64
dd) Einwand gegen das Masseunzulänglichkeitsargument	66
ee) Teleologische Reduktion des § 1 Abs. 1 S. 1 InsVV	68
ff) Die höchstrichterliche Reduktion des § 1 Abs. 1 S. 1 InsVV im Fall von nachlaufenden Masseverbindlichkeiten	69
gg) Verteilungsfähigkeit als maßgebliches Kriterium für die Bestimmung der vergütungsrelevanten Insolvenzmasse	71

b) Regelung des § 1 Abs. 2 Nr. 4 S. 2 lit. a) InsVV	71
aa) Sinn und Zweck des § 1 Abs. 2 Nr. 4 S. 2 lit. a) InsVV nach den herrschenden Ansichten	72
bb) Teleologische Einwände gegen die herrschenden Ansichten	74
cc) Historische Einwände gegen die herrschenden Ansichten	76
dd) Angleichen der wirtschaftlichen Teilhabe des Insolvenzverwalters an verschiedener Handlungsoptionen	77
ee) Verhindern von Inschlaggeschäften	78
ff) Konsequenzen für den Anwendungsbereich des § 1 Abs. 2 Nr. 4 S. 2 lit. a) InsVV	81
(1) Auslagen, Umsatzsteuer und erstattete Honorare	81
(2) Honorare der Sozietät des Insolvenzverwalters	82
(a) Ähnlichkeit der Interessenlage von Selbstbearbeitung und Beauftragung der eigenen Sozietät	82
(b) Notwendigkeit der erweiterten Auslegung von § 1 Abs. 2 Nr. 4 S. 2 lit. a) InsVV	83
(c) Planwidrige Regelungslücke für Verträge mit der Sozietät des Insolvenzverwalters	84
gg) Egalisieren des Eigeninteresses des Insolvenzverwalters an der Bearbeitung von Sonderaufgaben	84
c) Regelung des § 1 Abs. 2 Nr. 4 S. 2 lit. b) InsVV	85
aa) Begriff der Unternehmensfortführung	86
bb) Bestimmung des Fortführungsüberschuss anhand des schuldnerischen Unternehmensgegenstands	87
cc) Unbeachtlichkeit des Unternehmensgegenstands für den vergütungsrechtlichen Fortführungsüberschuss	89
(1) Anwendung des § 1 Abs. 2 Nr. 4 S. 2 lit. b) InsVV auf die Bewirtschaftung von Vermögensgegenständen?	89
(2) Auszufüllende Regelungslücke?	90

(3) Ähnlichkeit der Interessenlage?	91
dd) Bewirtschaftungseinnahmen und Bewirtschaftungsausgaben	91
(1) Qualität der Ausgaben als Normkriterium	92
(2) Abstecken des Definitionsbereichs	92
(3) Definition der Bewirtschaftungsausgaben	94
(4) Definition der Bewirtschaftungseinnahmen	94
(5) Nutzen der aufgestellten Definitionen	95
ee) Ökonomischer Anreiz zur optimalen Befriedigung der Insolvenzgläubiger	96
4. Berücksichtigungsfähigkeit von Verfahrenskostenvorschüssen und -zuschüssen	97
IV. Zweckmäßigkeit der Vorschriften zur Bestimmung der Berechnungsgrundlage	98
C. Das Abweichen vom Regelsatz	100
I. Zuschlagstatbestände im Sinne des § 3 Abs. 1 InsVV	101
1. Formale Relativität der Zuschläge	102
2. Tatbestandliche Anforderungen an den Zuschlagsgrund	103
a) Höchstrichterliche Rechtsprechung zu den Anforderungen an den Zuschlagsgrund	103
b) Beschränkung des Zuschlags auf außergewöhnliche Tätigkeiten	103
c) Beschränkung des Zuschlags auf Sonderaufgaben?	105
aa) Systematische Untersuchung des § 3 Abs. 1 InsVV	106
(1) Begriff der vergütungsrechtlichen Regelaufgabe	106
(a) Definition der Regelaufgaben in § 4 Abs. 1 InsVV?	106
(b) Aufgabenspektrum der InsO als Abgrenzungskriterium?	107
(c) Systematischer Rückgriff auf §§ 4 Abs. 1 S. 3, 5 InsVV	108
(2) Regelaufgaben in § 3 Abs. 1 lit. a) InsVV?	109
(a) Rechtsprechung des BGH zu § 3 Abs. 1 lit. a) InsVV	109
(b) Sinn und Zweck des § 3 Abs. 1 lit. a) InsVV	110
(3) Regelaufgaben in § 3 Abs. 1 lit. b) InsVV?	111

(4) Regelaufgaben in § 3 Abs. 1 lit. d) und e) InsVV?	112
(5) Regelaufgaben in § 3 Abs. 1 lit. c) InsVV?	112
bb) Harmonische Auslegung der Vergütungsvorschriften	113
cc) Vereinbarkeit einer harmonischen Auslegung mit der höchstrichterlichen Rechtsprechung	114
d) Zuschlagsunwürdigkeit insolvenzzweckwidriger Tätigkeiten	114
e) Der Tatbestand des unbenannten Zuschlagsgrundes	115
3. Aufwandsabgeltung als Zuschlagsmaßstab	116
a) Höchstrichterliche Rechtsprechung zur Höhe der Zuschläge	116
b) Abstrakte Würdigung des konkreten Aufwands	117
aa) Zweckmäßige Berücksichtigung des Umsetzungsrisikos	118
bb) Maßstab zur Bestimmung des üblicherweise anfallenden Aufwands	118
c) Materielle Relativität der Zuschläge	119
d) Rückgriff auf Faustregeltabellen?	120
4. Unzulässigkeit von Mehrfachvergütungen	121
a) Notwendigkeit einer Vergleichsrechnung	122
aa) Eingeschränkte nominale Vergleichsrechnung	123
bb) Prozentuale Vergleichsrechnung	124
cc) Nominale Vergleichsrechnung	125
dd) Vergleichsrechnung über eine Zielvergütung	125
ee) Vorzüge einer nominalen Vergleichsrechnung	126
b) Berücksichtigung von Überschneidungen	128
aa) Höchstrichterliche Rechtsprechung zur Berücksichtigung von Überschneidungen	129
bb) Berücksichtigung von Überschneidungen im Rahmen der Gesamtschau	129
cc) Berücksichtigung von Überschneidungen im Rahmen der Addition einzelner Zuschläge	130
(1) Berücksichtigung der Überschneidungen im Tatbestand	131
(2) Berücksichtigung der Überschneidungen innerhalb der Rechtsfolge	131

5. Begrenzung des Zuschlags auf die Kosten der Fremdvergabe?	132
a) Meinungsstand in Literatur und Rechtsprechung	132
b) Berücksichtigung der Gläubigerinteressen	132
c) Harmonische Auslegung der Vergütungsvorschriften	133
aa) Der Insolvenzverwalter mit Rechtsanwaltszulassung	133
bb) Rechtsgedanke des § 1 Abs. 2 Nr. 4 S. 2 lit. a) InsVV	134
d) Kosten der Fremdvergabe als Zuschlagsmaßstab	135
6. Zuschlagsunwürdigkeit delegierter Tätigkeiten	136
7. Grundsätze für eine gesetzmäßige Bestimmung der Zuschläge	137
8. Schema für die Praxis	138
II. Abschlagstatbestände im Sinne des § 3 Abs. 2 InsVV	139
1. Begrenzung des Abschlags auf Regelaufgaben	141
a) Höchststrichterliche Rechtsprechung zu den ungeregelten Abschlagstatbeständen	141
b) Harmonische Auslegung der Vergütungsvorschriften	141
2. Berücksichtigung von Überschneidungen	143
3. Orientierung an den Kosten der Fremdvergabe	143
4. Übertragung der sonstigen Grundsätze zur Bestimmung der Zuschläge	143
III. Zweckmäßigkeit der Grundsätze für die Bestimmung von Zu- und Abschlägen nach § 3 InsVV	144
D. Vergütungsrechtliche Abzugstatbestände und die Verwirkung der Insolvenzverwaltervergütung	146
I. Unzulässige Fremdvergabe von Aufgaben	146
1. Höchststrichterliche Rechtsprechung zu den vergütungsrechtlichen Abzugstatbeständen	147
2. Die Abschlagslösung – eine Fehlinterpretation	147
3. Dem Grunde nach unzulässige Fremdvergabe von Aufgaben	148
a) Fremdvergabe von Regelaufgaben	148
b) Fremdvergabe nicht notwendiger Tätigkeiten	149
4. Der Höhe nach unzulässige Fremdvergabe von Aufgaben	149
a) Höchststrichterliche Rechtsprechung zur Angemessenheit der an Dritte gewährten Honorare	150
b) Rückgriff auf den Begriff der Erforderlichkeit	151

c) Möglichkeit der Honorarrückforderung als entgegenstehender Grund für einen Vergütungsabzug?	152
d) Maßstab für die Unangemessenheit von Honoraren	152
e) Vergütungsrechtliche Folge eines fehlenden Rechtsgrundes bei der Beauftragung Dritter	153
5. Grundsätze für Vergütungsabzüge bei unzulässiger Fremdvergabe von Aufgaben	154
II. Liquidation von Schadensersatzansprüchen im Vergütungsfestsetzungsverfahren	155
1. Meinungsstand in Literatur und Rechtsprechung	155
2. Reichweite der höchstrichterlichen Rechtsprechung zur vergütungsrechtlichen Schadensliquidation	157
3. Qualifikation des Rechtspflegers als überzeugendes Argument?	157
4. Gesetzliche Prüfungskompetenz des Rechtspflegers	159
5. Höchstrichterliche Berücksichtigung von Schadensersatzansprüchen im Festsetzungsverfahren	159
6. Teleologische Reduktion des § 92 S. 2 InsO	161
7. Zulässigkeit der Gesamtschadensliquidation im Vergütungsfestsetzungsverfahren	162
III. Der Wegfall des Vergütungsanspruchs	162
1. Höchstrichterliche Rechtsprechung zur Verwirkung der Insolvenzverwaltervergütung	163
2. Stellungnahme zu den höchstrichterlichen Grundsätzen der Verwirkung	164
3. Verwirkung des Vergütungsanspruchs durch Verfehlungen im Vergütungsfestsetzungsverfahren	165
a) Vergütungsbetrug durch aktives Tun	166
b) Vergütungsbetrug durch Unterlassen	166
aa) Der Antragsteller – ein Garant für die Transparenz	167
bb) Umfang der Pflichtangaben aufgrund beauftragter Hilfskräfte	167
4. Vergütungsrechtliches Sanktionieren inakzeptabler Verhaltensweisen	168
IV. Die Zweckmäßigkeit der Abzugstatbestände und der Grundsätze zur Verwirkung des Vergütungsanspruchs	169



E. Ergebnisse der Untersuchung	171
F. Maßgebliche Vorschriften für die Berechnung der Vergütung des Insolvenzverwalters	177
Literaturverzeichnis	181